

Ausbildung

Sowohl der erwähnte Kongress Betroffener sexueller Gewalt als auch der erwähnte Abschlussbericht von Frau Dr. Bergmann sehen Verbesserungsbedarf in der Ausbildung sowohl von pädagogischem und sozialarbeiterischem Personal als auch bei Richtern, Ärzten etc. Oftmals erfahren diese Berufsgruppen während der Ausbildung zu wenig über sexualisierte Gewalt.

Was gedenkt Ihre Partei zur Behebung dieses Missstandes zu tun?

- **SPD:** Die SPD strebt eine stetige Verbesserung der Aus- und Weiterbildungsangebote an. Fachpersonal, das beruflich mit von sexueller Gewalt Betroffenen umgeht, muss ausreichend dafür qualifiziert werden. Die SPD wird sich für die Weiterentwicklung entsprechender Angebote einsetzen. Die Studieninhalte der Hochschulen allerdings liegen nicht in der Regelungskompetenz des Landesgesetzgebers, darüber müsste mit den Hochschulen direkt gesprochen werden.
- **DIE LINKE:** DIE LINKE teilt die Einsicht in die Notwendigkeit zur besseren Berücksichtigung der Thematik sexueller Gewalt in den entsprechenden Ausbildungsgängen und Berufsgruppen. Deshalb unterstützen wir auch weiterhin den Ausbau spezifischer Fortbildungsangebote (zum Beispiel des LISUM oder der SFBB), den Abschluss zielführender Kooperationsvereinbarungen oder die Durchführung von Fachtagungen. Auch die berufliche Erstausbildung, zum Beispiel von Ärzten, Gerichtsvollziehern, Polizisten oder Hebammen hat entsprechende Schwerpunkte zu setzen. So ist mit der Charité für die Ausbildung von Kinderärzten bereits die Einführung eines Ausbildungsmoduls Kinderschutz vereinbart. Die Angebote selbst sind dabei nur eine Seite: um zur Teilnahme zu ermutigen leisten auch Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit einen wesentlichen Beitrag.
- **Bündnis 90/Die Grünen:** Gewalttätiges Verhalten ist Ursache zahlreicher, oftmals lebenslanger psychischer und psychosomatische Erkrankungen und muss mit mehr Aufklärung noch stärker ins Bewusstsein von medizinischem Personal und sozialen Helferberufen gebracht werden. Wir setzen uns seit langem dafür ein, dass der Themenbereich sexualisierte Gewalt, Kindesmissbrauch und -vernachlässigung sowie häusliche Gewalt verstärkt in die Ausbildung der von Ihnen genannten Berufsgruppen aufgenommen und auch entsprechende Fortbildungen angeboten und wahrgenommen werden. Für ErzieherInnen und LehrerInnen müssen konkrete und verbindliche Handlungsleitlinien für das Vorgehen bei Verdacht auf sexuellen Missbrauch, Übergriffen und sexualisierter Gewalt vorliegen und bekannt sein, auch um eine Retraumatisierung der Opfer zu vermeiden.
- **CDU:** Zunächst freuen wir uns, dass auf Initiative der CDU-Bundesfamilienministerin ein neues Bundeskinderschutzgesetz (Bundestagsdrucksache 17/6256) vorgelegt worden ist, in dem auch die Aus- und Weiterbildung Eingang gefunden hat. Das wird entscheidend zur Verbesserung der Arbeit im Bereich des Kinderschutzes beitragen.

Auf Landesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass vor allem berufsbegleitende Weiterbildungen zur Verfügung gestellt werden, damit die im Kinderschutz Tätigen für Ihre Arbeit gut gerüstet sind.